



Jung: Zentrale Fragen zur Stuttgart-21-Zusatzstation weiterhin offen

Objektiver Bedarf und Wirtschaftlichkeit als Voraussetzungen.

Zur Meldung, wonach Verkehrsminister Hermann eine Studie zur Stuttgart-21-Zusatzstation vorstellte und diese für machbar und notwendig erachte, sagte der verkehrspolitische Sprecher der FDP/DVP Fraktion, **Dr. Christian Jung**:

„Das bisherige Konzept der grün-schwarzen Landesregierung zur Stuttgart-21-Zusatzstation ist noch nicht rund. Es gibt sehr viele offene Fragen. Vor allem muss Landesverkehrsminister Hermann die Finanzierung klären. Bei den Kosten muss er ehrlich sein. Denn ich rechne eher mit deutlich mehr als einer Milliarde Euro für die Zusatzstation, da man Verkehrsprojekte prinzipiell nicht schönrechnen darf, was Minister Hermann eigentlich wissen müsste. Sehr zentral ist zudem die Frage, ob es einen objektiven verkehrlichen Bedarf gibt. Nur weil immer eine Verdoppelung im ÖPNV und auf der Schiene behauptet wird, heißt es noch lange nicht, dass diese auch kommt. Ich nenne die Stichworte demografischer Wandel, Folgen aus der Corona-Krise und Trend zu Homeoffice und Online-Einkäufen. Ohne objektiven verkehrlichen Bedarf und Wirtschaftlichkeit des Projekts darf dem Steuerzahler dieses Wagnis keinesfalls aufgebürdet werden. Ansonsten droht der Verdacht, dass es sich um ein spätes Rückzugsgefecht uralter Stuttgart-21-Diskussionen handeln könnte. Im Übrigen: Wenn der Bund, die Deutsche Bahn und die Stadt Stuttgart als Eigentümerin der Grundstücke nicht mitmachen, wird es die zusätzliche unterirdische Station nicht geben, da das Land Baden-Württemberg dafür alleine kein Geld hat. Wir brauchen jetzt harte Fakten statt diffuse Wunschvorstellungen.“

[LReg Antrag Ergänzungsstation 17_53](#)